



# Baden-Württemberg

DER BEAUFTRAGTE DER LANDESREGIERUNG FÜR DIE BELANGE VON MENSCHEN MIT BEHINDERUNGEN

Landes-Behindertenbeauftragter · Postfach 103443 · 70029 Stuttgart

Datum 17. November 2011

## PRESSEMITTEILUNG

### **Fachtagung „Inklusion - Zwischenbilanz Inklusive Bildungsangebote an Schulen“ im Stadthaus Ulm**

**Landes-Behindertenbeauftragter Gerd Weimer: „Wer Inklusion will, sucht Lösungen, wer sie nicht will, sucht Argumente und Sachzwänge“**

**Der Landes-Behindertenbeauftragte formuliert Erwartungen an die Schulpolitik**

„Wer Inklusion will, sucht Lösungen, wer sie nicht will, sucht Argumente und Sachzwänge“, sagte der Beauftragte der Landesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Gerd Weimer, anlässlich der heutigen (17.11.2011) Fachtagung „Inklusion – Zwischenbilanz Inklusive Bildungsangebote an Schulen“ im Ulmer Stadthaus.

Auf Einladung der Kommunalen Landesverbände, der Stadt Ulm und des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport wurden bei dem Fachtag die Erfahrungen in den sogenannten Schwerpunktregionen mit inklusiven Bildungsangeboten Stuttgart, Mannheim, Freiburg, Konstanz und Biberach von Bildungsexperten aus der Landes- und Kommunalverwaltung diskutiert. Der Landes-Behindertenbeauftragte stellte fest, dass Inklusion seit Jahren in aller Munde ist. „Inklusion in allen gesellschaftlichen Bereichen, das ist nicht nur die programmatische Vorgabe der VN-Behindertenrechtskonvention, sondern seit 26. März 2009 eine gesetzliche Verpflichtung“.

tung. Für Menschen mit Behinderungen geht es nicht um Sonderrechte, sondern um Chancengleichheit und um unteilbare Grund- und Menschenrechte“, so Gerd Weimer.

Die VN-Behindertenrechtskonvention verpflichte zum tätig werden und zum setzen entsprechender Prioritäten durch Land und Kommunen. „Denn bereits die Versagung angemessener Vorkehrungen ist eine Diskriminierung behinderter Menschen“, stellte der Landes-Behindertenbeauftragte fest.

Inklusion bedeute Veränderungen für die Gesellschaft. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen müssten so verändert werden, das Menschen mit Handicap nicht mehr an der vollen und gleichberechtigten Teilhabe behindert würden. „Ich weiß, das ist ein sehr dickes Brett, das gebohrt werden muss. Zunächst sind damit sicher mehr Fragen als Antworten verbunden. Und da braucht es ein paar Mutige, die sich wie heute in Ulm auf den Wege machen“, betonte Gerd Weimer.

„Ein absolutes Wahlrecht für die Eltern von Kindern mit Behinderungen zur Bestimmung des Lernortes ihrer Kinder, umfassend barrierefreie Schulen, eine inklusive Gemeinschaftsschule und die Vorbereitung der Lehrkräfte bzw. der angehenden Lehrkräfte auf die Anforderungen inklusiver Pädagogik mit zieldifferentem Unterricht sind für mich tragende Säulen inklusiver Bildungsangebote“, schrieb der Landes-Behindertenbeauftragte den Teilnehmenden des Ulmer Fachtags ins Stammbuch. Er wisse, dass dies alles nicht zum Nulltarif zu haben sei. Auch müsse auf dem Weg in ein umfassend inklusives Bildungsangebot noch manche Barriere abgeräumt und noch mancher Sachzwang entkräftet werden. „Ich hoffe, dass aus den fünf Modellregionen erste Lösungsansätze präsentiert und hoffentlich bald auch umgesetzt werden“, appellierte der Landes-Behindertenbeauftragte an die Verantwortlichen im Land und in den Kommunen.

Hinweis für die Redaktionen:

Das genaue Programm für den Fachtag entnehmen Sie bitte der beigefügten Anlage